



CH-6371 Stans, Postfach

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 28. Oktober 2011

**Motion von LR Peter Wyss und Mitunterzeichnenden betreffend Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung bezüglich Rückzug des Beitrittsgesuchs der Eidgenossenschaft zur Europäischen Union
Bericht an Landrat**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren Landräte

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) hat an der Sitzung vom 18. November 2011 in Anwesenheit von Regierungsrat Alois Bissig die Motion von Landrat Peter Wyss und Mitunterzeichnenden betreffend Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung bezüglich Rückzug des Beitrittsgesuchs der Eidgenossenschaft zur Europäischen Union behandelt. Die Kommission erstattet gemäss § 92 des Landratsreglements folgenden Bericht.

I. Ausgangslage

Landrat Peter Wyss hat am 11. Mai 2011 die oben genannte Motion eingereicht. Der Landrat soll den Regierungsrat beauftragen, einen Beschluss des Landrates zur Einreichung einer Standesinitiative gemäss Art. 160 Abs. 1 BV vorzubereiten. Die Bundesversammlung soll gestützt auf die Standesinitiative einen Beschluss mit folgendem Inhalt fassen:

- „- Der Bundesrat wird aufgefordert, das Beitrittsgesuch des Bundesrates der Schweiz vom Mai 1992 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union zurückzuziehen.
- Alle Verhandlungen mit der EU, welche eine Rechtsvereinheitlichung in der Schweiz und eine automatische Rechtsübernahme durch die Schweiz beinhalten sind sofort zu stoppen.“

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 773 vom 25. Oktober, die Motion abzulehnen.

II. Stellungnahme der Kommission

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit lehnt die Überweisung der Motion mehrheitlich ab. Das Anliegen ist zwar insofern berechtigt, als auch die Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlung und die automatische Übernahme europäischen Rechts klar ablehnt. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder sieht in der Einreichung einer Standesinitiative jedoch keinen Nutzen.

In den vergangenen Jahren haben mehrere Bundesparlamentarier Vorstösse und der Kanton Schwyz am 11. Mai 2006 eine Standesinitiative zu diesem Themenbereich eingereicht. Sowohl die Standesinitiative als auch die parlamentarischen Vorstösse wurden in Bundes-

bern abgelehnt. Der Ständerat hat letztmals am 6. Juni 2011 die Motion betreffend Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs von Ständerat Maximilian Reimann mit 33 zu 8 Stimmen deutlich verworfen. Angesichts der klaren Haltung des eidgenössischen Parlaments in jüngster Vergangenheit dürfte auch eine Standesinitiative des Kantons Nidwalden wirkungslos bleiben. Die Einreichung einer solchen Standesinitiative würde indessen einen grossen Aufwand bei der kantonalen und vor allem bei der eidgenössischen Verwaltung verursachen. In Anbetracht der äusserst geringen Erfolgchancen rechtfertigt sich dieser Aufwand nach Ansicht der Kommissionsmehrheit nicht.

Eine knappe Kommissionsminderheit ist der Meinung, dass ein Zeichen gesetzt werden müsse. Das Thema EU-Beitritt werde wieder aktuell. Zudem könne die Schweizerische Eidgenossenschaft mit dem Rückzug des Beitrittsgesuchs dem ständig wachsenden Druck der Europäischen Union Gegensteuer geben. Der Rückzug des Beitrittsgesuchs und somit die Einreichung einer Standesinitiative seien deshalb sinnvoll.

Letztlich kommt die Kommission aber zum Schluss, das eidgenössische Parlament habe bereits mehrfach klar manifestiert, dass ein Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Europäischen Union ausser Frage stehe. Die Einreichung einer Standesinitiative sei somit unnötig. Vielmehr werde unnötig Staub aufgewirbelt, was die internationale Zusammenarbeit weiter erschweren könnte. Die Kommission lehnt die Motion deshalb ab.

III. Antrag der Kommission

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) beantragt dem Landrat mit 5 zu 4 Stimmen, die Motion von LR Peter Wyss und Mitunterzeichnenden betreffend Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung bezüglich Rückzug des Beitrittsgesuchs der Eidgenossenschaft zur Europäischen Union abzulehnen.

Freundliche Grüsse

KOMMISSION FÜR STAATSPOLITIK,
JUSTIZ UND SICHERHEIT

Präsident

Sekretär



Leo Amstutz

Christian Blunsi